

**Russlands Streben nach Vormacht
Das Schicksal der Ukraine, Moldawiens und von Belarus**

Dr. Hans-Georg Wieck
Februar 2005

Inhaltsverzeichnis

Russland und der Westen heute – eine Beziehung auf der Grundlage
beiderseitigen Misstrauens?

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine- mehr als nur eine taktische
Niederlage Moskaus im Ringen um die Vormacht?

Demokratische Transformation in Russland und anderen Nachfolgestaaten der
Sowjetunion – Stagnation und Rückschritt?

Die Entwicklung demokratischer Basisorganisationen in der Ukraine und in
anderen osteuropäischen Staaten

Die Förderung der demokratischen politischen Kultur in Russland und anderen
Nachfolgestaaten der Sowjetunion
Ein Programm der Europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten der
Europäischen Union

Russland und der Westen heute– eine Beziehung auf der Grundlage beiderseitigen Misstrauens?

Das Misstrauen nimmt heute in den Beziehungen zwischen Russland und dem „Westen“ wieder einen breiten Raum ein. Es hatte „auf beiden Seiten“ auch noch nach dem Ende des Kalten Krieges immer eine mitschwingende Rolle gespielt, war aber durch die auf beiden Seiten für die Zukunft genährten Hoffnungen und durch mehr oder weniger effektive internationale Zusammenarbeit vor allem bei der Rüstungskontrolle und beim internationalen Krisenmanagement, aber auch auf wirtschaftlichem Gebiet reduziert wenn nicht marginalisiert worden. Die Zusammenarbeit im G-8-Rahmen, im Europa-Rat, dem Wächter der Demokratie in Europa, als enge Partner in NATO Fragen und der Europäischen Union beherrschte die beiderseitigen Beziehungen und gegenseitige Einschätzung.

Diese Bindungen bestehen fort, aber auf beiden Seiten fragt man sich: Kann diese Zusammenarbeit die Ergebnisse zeitigen, die wir uns erhofft hatten?

Russland fragt sich: Versteht der Westen, verstehen die USA und die Europäische Union nicht, dass in unserem Selbstverständnis die unabhängigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion – vielleicht mit der Ausnahme der baltischen Republiken – ihre Zukunft in einem engen Miteinander mit der Russischen Föderation suchen müssen und finden werden. Die immer aktiver und intensiver werdenden Aktivitäten der USA, der NATO sowie der Europäischen Union und ihrer Mitglieder in diesem „nahen Ausland“ Russlands berühren das Selbstverständnis Russlands im Herzen und stellen in den Augen der russischen politischen Klasse die Zukunft der weiterhin als gegeben angesehenen Großmacht Russland in Frage. Russland fühlt sich düpiert und provoziert und fühlt sich genötigt, mit „dem Recht des Stärkeren“ zu reagieren, z.B.

- Russland hat die beim Istanbul OSZE-Gipfel im Jahre 1999 gegebene Zusage des Rückzugs der russischen Truppen aus Transnistrien und aus Georgien im Jahre 2004 einseitig, aber gleichsam definitiv zurückgenommen.
- Russland ist anscheinend zu einer offenen Opposition gegen Unterstützungs- und Beobachtungsfunktionen der OSZE auf dem Gebiet der Demokratie-Entwicklung in Osteuropa bereit
- Russland blockiert das Jahresbudget der OSZE im Jahre 2005 und begibt sich in eine Position der Selbstisolierung, d.h. selbst ein sonst treuer Verbündeter wie Belarus stimmte nicht mit der russischen Delegation.

Mit dieser „Politik der Stärke,“ die auch weiterhin in Tschetschenien angewendet wird kann Russland im gesamteuropäischen Kontext keine Freunde machen und noch bestehende Freunde nicht halten. Verloren gegangenes Vertrauen ist nur mit großen Anstrengungen wiederzugewinnen. Solche Anstrengungen unternimmt das Russland Putins nicht. Die von Russland politisch bedrängten Länder „im nahen und fernerem Ausland“ suchen deshalb den Schutz des Nordatlantischen Bündnisses und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, zumindest die >Annäherung an den Westen.

Russland spürt auch, dass die jüngeren Generation der Zivilgesellschaft in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion - im Gegensatz, zumindest im Unterschied zu den tradierten staatlichen und wirtschaftlichen Nomenklaturen - ihre Zukunft und die ihrer Völker in der westlichen Integration sehen.

Russlands Entwicklung als Demokratie weist vor dem Hintergrund der sowjetischen und der zaristischen Vergangenheit Defizite auf, die nicht über Nacht behoben werden konnten und wahrscheinlich auch auf absehbare Zeit nicht behoben werden können, obschon es heute in Russland eine differenziertere Zivilgesellschaft gibt, als vor fünfzehn Jahren, und obwohl es durchaus kritische Medien und Institute gibt, die sich mit konzeptionellen Alternativen zu dem „starken Staat des Wladimir Putin“ befassen und dafür werben.

Um die innere und äußere Stabilität des Landes gegenüber fundamentalistischer Unterwanderung und Terrorismus, zum Beispiel, wie Russland nicht aufhört zu sagen, in Tschetschenien gewährleisten zu können, greift die Präsidentschaft in die Pressefreiheit ein, hebt die regionale politische Selbstverwaltung auf, verstärkt die Geheimdienste und ihre Vollmachten und wählt rechtlich zweifelhafte Methoden, um das Einflusspotential des Magnaten – auch Oligarchen genannte Khorodkowski zu reduzieren.

Es ist nicht so, dass es nicht für manche der Maßnahmen der Regierung Wladimir Putin in Europa und sicher auch in den USA Verständnis gibt. Der deutsche Bundeskanzler geht darin sogar sehr weit, um die langfristige Perspektive eines demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Russlands nicht zu gefährden. Aber in den Augen vieler Deutscher, mancher Russen und vor allem vieler Europäer und der USA im allgemeinen ist Gerhard Schröder mit seinem blinden Vertrauen in das demokratische Engagement Putins und die Unumkehrbarkeit des demokratischen Transformationsprozesses in Russland zu weit gegangen und hat Zweifel daran aufkommen lassen, wo für ihn - Gerhard Schröder - die Toleranzgrenze erreicht sein wird – etwa bei einem Bemühen Putins, eine dritte Amtsperiode für sich zu sichern, die nicht mit der russischen Verfassung in Einklang steht?

Vorschläge Schröders zur Wiederbelebung des von der internen westlichen Irak-Auseinandersetzung angeschlagenen Nordatlantischen Bündnisses als Ort der grundsätzlichen strategischen Abstimmung und Lagebeurteilung sind im Wesen ungeprüft als Vorschläge aufgenommen worden, die das Bündnis schwächen sollen. Alte britische Alpträume werden wach, dass es wieder zu einer deutsch-russischen Verständigung zu Lasten Europas kommen könnte.

Aber auch George W. Bush hat sich bei der Begegnung mit Putin im slowakischen Bratislava nicht zu einer frontal geführten kritischen Auseinandersetzung mit den neo-autoritären und nationalistischen Kurs der russischen Präsidentschaft hinreißen lassen, sondern Bereiche der Gemeinsamen Interessen betont – z.B. bei der Kontrolle bestehender nuklearer Waffen Systeme und der Verhinderung der ABC-Waffen Verbreitung. Wird Russland mit den USA und den der EU zusammenarbeiten, um Iran auf diplomatischem Wege von der nuklearen Waffen-Option abzubringen?

Die Anzeichen mehren sich, dass wir von der gegenwärtigen Präsidentschaft in Moskau, die dem „starken Staat“ bei der Bewältigung russischer Probleme mehr vertraut als den demokratisch zustande gekommenen Mehrheitsbildungen in Öffentlichkeit und Parlament, mehr russischen Nationalismus und weniger Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft in Russland zu erwarten haben.

Kann es nach Wladimir Putin zur politischen und konzeptionellen Re-Orientierung kommen – zu einem neuen demokratischen Anfang? Kann das Beispiel Ukraine auch in Russland Schule machen? Die meisten Beobachter schließen das aus heutiger Sicht aus. Sie tun es, weil sie der

Nachhaltigkeit der demokratischen Entwicklung der Ukraine noch nicht oder überhaupt nicht trauen.

Aber die Möglichkeit einer positiven Langzeitwirkung der ukrainischen Entwicklung auf Russland selbst dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine – mehr als nur eine taktische Niederlage Moskaus im Ringen um die Vormachtstellung in Osteuropa?

Präsident Wladimir Putin hat mit der Fehleinschätzung der innerpolitischen Lage vor den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Herbst 2004 und mit der unverblünten, ja plumpen gleichwohl erfolglosen Einflussnahme zugunsten des „pro-russisch“ orientierten, von Leonid Kutchna geförderten Kandidaten Victor Janukowitsch in der Ukraine einen herben Rückschlag in seinen Bemühungen erlitten, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion eng, jedenfalls so eng wie möglich an Russland zu binden. Mit der harten und plumpen Einmischungspolitik werden zwar die Ziele der selbstbewusster auftretenden russischen Politik für jedermann deutlich, jedoch ist dieser Politik kaum Erfolg, sondern nur eine Reihe von sichtbaren Rückschlägen beschieden gewesen.

Russland wird mit der Ukraine unter Juschkewitsch eine Politik der guten Nachbarschaft proklamieren, aber es gibt nicht Wenige in Moskau, die der Meinung sind und dies auch offen sagen, dass die zu Russland neigende Bevölkerung vor allem in der Ost- und Südukraine auch eine Trumpfkarte Moskaus im Umgang mit der neuen Machtgruppe in Kiew sein könne. Braut sich hier erneut ein politischer Konfliktstoff zwischen den beiden Staaten und darüber hinaus zwischen Russland und dem Westen auf? Diese Möglichkeit, diese Gefahr ist nicht auszuschließen.

Der pro-russische Kurs ist heute in den meisten Nachbarstaaten Russlands unpopulär geworden und verliert gegenüber den Westtendenzen an Boden. Die Europäische Union wirkt wie ein Magnet auf die Menschen, vor allem auf die Jugend in der Ukraine, in Belarus und Moldawien. Die plumpe Interventionspolitik Moskaus verunsichert auch politische und wirtschaftliche Kreise, die angesichts des zögerlichen Herangehens der Europäischen Union an eine weitere Erweiterungsrunde nach Osteuropa letztlich auf eine dominierende Stellung Russlands in Osteuropa bauten, jedoch für ihr Land einen eigenständigen Platz sichern und mit Russland sowie mit der Europäischen Union eine ausgewogene und verlässliche Beziehung entwickeln wollen.

In Westeuropa ist die Auffassung verbreitet - zum Beispiel auch bei Helmut Schmidt („Die Mächte der Zukunft“, 2004, Seite 174 ff), dass die Ukraine, Belarus und Moldawien als Staaten und Räume anzusehen sind, die letztlich wieder unter russischen Einfluss kommen werden. Es ist unwahrscheinlich, dass sich diese tradierte Grundauffassung auch für die Zukunft als relevant und richtig erweisen wird.

Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte hindurch waren die kleineren oder innerlich zerrissenen Völker und Kulturräume in Ostmitteleuropa Objekte machtpolitischer Rivalitäten und imperialen Vormachtgedankens. Das Ende des Kalten Krieges, die Emanzipation von politisch unmündigen Untertanen obrigkeitlicher Staatsordnungen zu Bürgern einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft in demokratisch strukturierten Staaten haben einen neuen Machtfaktor im das internationale Gefüge entstehen lassen, der sich auf nationale und kulturelle Wurzeln der Vergangenheit aber gleichzeitig auch auf zivilisatorische Vorbilder und Magnetfelder der

Gegenwart und Zukunft in Europa gründet, die sich alle im Westen des Kontinents oder gar in den USA befinden.

Die Europäische Union, ein europäischer Einigungsprozess, der tief in die tradierten Sozial- und Wertestrukturen eingreift und auf Dauer eine krisenfestere Zukunft verspricht, und die, wenn auch heute nicht mehr unumstrittenen, aber immer noch in Ostmitteleuropa hoch angesehenen Vereinigten Staaten wirken wie Leuchtturm und sind schon damit zu Förderern, zu Paten der innerdemokratischen und emanzipatorischen Entwicklung in Osteuropa geworden.

Europa zögert dies wahrzunehmen, anzuerkennen und daraus konzeptionelle und politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Diese Entwicklung entzieht sich der Vorstellungswelt tradierter Denkkategorien von Vorherrschaft, Einflusszonen und der Unterwerfung unter eine vermeintlich größere, daher wichtigere und vielleicht auch bessere Nation, also die russische Nation. Dieser Entwicklungsfaktor ist noch nicht in das Bewusstsein, in die Vorstellungen außen stehender, vornehmlich in machtpolitischen Kategorien operierender Staaten gekommen. Sie – die Staaten und Staatseliten – sehen in diesem Raum immer noch in erster Linie einen machtpolitischen Verschiebepunkt für einzelne Bestandteile dieses geographischen Raums, der doch historisch so kulturträchtig ist – eine Brückenfunktion ausübend, die nur allzu oft für machtpolitische Interessen missbraucht worden ist.

Die Entwicklung demokratischer Basisorganisationen in der Ukraine und in anderen osteuropäischen Ländern

Die mit größter Selbstverständlichkeit von regierenden Machtstrukturen in Osteuropa fortgeführte Praxis der Wahlmanipulation nach sowjetischem Vorbild zum Vorteile der Aufrechterhaltung der gegebenen „stabilen Verhältnisse“, zur Sicherung des „starken Staates“ als dem Garanten von Ordnung und Sicherheit ist auf Grund gelaufen.

Mit Hilfe von vernetzten einheimischen Wahlbeobachtern, die auch „exit-polls“ veranstalten und auf der Basis sorgfältig ausgewählter Wahlbezirke eine parallele Auszählung der Stimmen orchestrieren, ist es der Zivilgesellschaft in mehreren Staaten gelungen, zeitgleich mit der Bekanntgabe vorläufiger amtlicher Wahlergebnisse auch die vorläufigen Ergebnisse der repräsentativen Befragung und Auswertung der tatsächlichen Stimmabgaben zu organisieren, die das regierende System im Moment der Fälschung mit der Folge vorführt, dass die betrogenen Wähler in Massen auf die Straße gehen und gegen die Fälscher demonstrieren. Im Zweifel müssen vorlagefähige Protokolle über festgestellte Wahlfälschungen vor Gericht vorgetragen und in gebührender Weise in den Medien präsentiert werden.

Dies ist der Kern der friedfertigen, nicht militanten, nicht gewaltorientierten demokratischen Bewegung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die mit Ausnahme der baltischen Republiken und zeitweise von Georgien und der Ukraine in die Falle des autoritären, schein-demokratischen Weltbildes der alten sowjetischen Eliten gefallen waren und sind, die sich in die neue Zeit hinübergerettet und das alt-sowjetische Vokabular durch das früher in ganz Europa verbreitete Denken und Wirken in zentristischen autoritären, obrigkeitlichen gelegentlich aber auch rechtstaatlichen Vorstellungen und Praktiken ersetzt haben.

Zum Machterhalt gehört für das obrigkeitliche, das autokratische System die Manipulation der Wahlergebnisse, um das „demokratische Chaos“ zu vermeiden und die obrigkeitliche Ordnung, den starken Staat uneingeschränkt handlungsfähig zu erhalten. Auch in und von russischen Wahlkommissionen ist manipuliert worden. Mit Hilfe von Wahlbeobachterkommissionen, die von der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)“, deren Sekretariat sich in Minsk befindet, aufgestellt wurden, werden dann Beobachterberichte verbreitet, die den Anschein internationaler Legitimation vermitteln und mit ihren manipulierten Bewertungen der Wahlen, beispielsweise in Belarus den objektiven, daher kritischeren Berichten der OSZE Beobachter entgegenwirken sollen.

Man sollte meinen, dass sich die Europäischen Institutionen, die auch als Wächter der europäischen demokratische Werte gelten und so fungieren – so fungieren sollten, besonders stark um die Förderung der alles entscheidenden einheimischen Wahlbeobachter-Netzwerke bemühten und weiterhin bemühen. Aber das ist leider nicht so. Es will scheinen, dass auch in Westeuropa das Denken in Staaten und Obrigkeiten daran hindert, unmittelbar mit den Zivilgesellschaften in Osteuropa ans Werk zu gehen, um durch gesellschaftlich organisierte, also vom Staat und der staatlichen Wahlkommission unabhängige Wahlbeobachtung die korrekte Auswertung der Stimmabgabe des Bürgers der Zivilgesellschaft durchzusetzen.

Eine solche revolutionäre Neuerung in den demokratischen Transformationsprozess einzuführen, ist im Wesentlichen den transatlantischen Partnern vorbehalten geblieben. Die USA – vertreten durch den National Endowment for Democracy (NED) und seine Strukturen zur Förderung der politischen Parteien und des Konzepts freier und fairer Wahlen sowie von unabhängigen Medien und einer unabhängigen Justiz - haben mit großem Engagement Jahre hindurch die entsprechenden Personalkader mit Zigtausenden von Freiwilligen und organisatorischen Strukturen in den Zivilgesellschaften Osteuropas mit entstehen lassen. Sie werden es auch in Belarus und Moldawien und eines Tages in Russland tun, weil es in diesen Zivilgesellschaften einen Bedarf für diese professionelle Beratung gibt. Sie waren es, die die Zivilgesellschaften motivierten und technisch in die Lage versetzten, die Wahlsiege der demokratischen Kräfte gegen die autoritären Staatsstrukturen in Polen, der Slowakei, in Serbien, Georgien und in der Ukraine zu erreichen. So konnte mit demokratischen Mitteln der friedliche Machtwechsel herbeigeführt werden - das Ende der sozialistischen und später neuer autokratischen Wahlmanipulationen in den so genannten Präsidialdemokratien.

Sie trugen dazu bei, dass sich Bürger des Betrugs bewusst wurden, der von den autoritären staatlichen Einrichtungen - und dazu gehören die Wahlkommissionen - mit ihrer Stimme betrieben wurde und die sich bereit fanden, an den von Bürgern gebildeten Beobachtergruppen der Zivilgesellschaft in tausenden von Wahllokalen mitzuwirken – auch hier wiederum vornehmlich junge Menschen. Nationale Wähler-Organisationen bestehen in den meisten Ländern des Balkans und Mitteleuropas, aber auch im Kaukasus, in der Ukraine und einige Jahre hindurch in Belarus auf der Basis eines entsprechenden Projekts der OSZE-Berater- und Beobachter-Gruppe in Minsk (1997-2001).

Man kann sagen, die osteuropäischen Zivilgesellschaften und Kulturen werden mit dem Emanzipierungsprozess von den Mythen „des starken Staaten“ von Objekten der autokratisch operierenden Nomenklatur zu Subjekten der politischen Gestaltung. Diese Gestaltungskraft kann aber nur im Falle der entschlossenen weiteren demokratischen Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft Bestand haben. Es wurde in der Ukraine eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen dem tradierten System der Autokratien und der politisch emanzipierten Zivilgesellschaft gewonnen, aber damit ist noch kein demokratisch verfasster

und gelebter Staat, keine sozial abgesicherte Marktwirtschaft und keine unabhängige Justiz gebildet worden.

Die Ukraine braucht für diesen langwierigen Prozess verlässliche und engagierte Partner – vor allem die Europäische Union, ihre Mitglieder im Einzelnen und die USA, aber auch ein Russland, das ohne böse Hintergedanken Kooperationsfähigkeit entwickelt.

Es zeichnet sich ein Wandel in der russischen Politik gegenüber den Nachbarstaaten ab. Man will nicht nur mit der pro-russischen Partei und Strömung zusammenarbeiten, sondern man will nun russische Interessen im Dialog mit allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen erörtern, und von Fall zu Fall mit unterschiedlichen Gruppen zusammenarbeiten. Das wäre dann eine Einmischung auf eine gehobene Art und Weise als bislang praktiziert. Ist dies im Falle der Ukraine eine Androhung, mit separatistischen Gruppen zusammenzuarbeiten? Ist es im Falle von Belarus die Androhung, neben dem bislang ausschließlich gepflegten Kontakt mit dem diktatorisch regierenden Lukaschenko auch mit anderen Teilen der Nomenklatur oder gar der politischen und gesellschaftlichen Opposition im Lande in direkten Kontakt zu treten?

Eine Öffnung der Gesprächsbereitschaft mit anderen als den jeweils pro-russisch eingestellten regierenden Kräften war am 7. Februar 2005 aus dem Munde von Gleb Pavlovski, dem politischen Berater von Präsident Wladimir Putin im Kreml zu vernehmen.

Die taktische Öffnung müsste dann auch die Annäherung Moskaus an das Institut freier und fairer demokratischer Wahlen und der Abschied von der Praxis und Unterstützung von Scheinwahlen folgen, denn zu einer solchen Politik der Öffnung zum Dialog mit allen gesellschaftlichen und politischen Kräften passt die Manipulation der Wahlergebnisse nicht mehr, es sei denn, man ist dazu bereit, ein zweites und drittes Mal das Gesicht zu verlieren.

Demokratische Transformation in Russland und anderen Nachfolgerstaaten der Sowjetunion – Stagnation und Rückschritt -

1. In ihren **gemeinsamen Erklärungen vom Juni und November 1990** verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der an der KSZE (später OSZE) mitwirkenden Staaten des Warschauer Pakts **zur demokratischen Transformation ihrer Staats- und Gesellschaftsordnungen**. Die Europäischen Institutionen (EU, Europa-Rat, KSZE – später OSZE und andere) sowie die Mitgliedstaaten dieser Strukturen verpflichteten sich zur Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses in Osteuropa.

2. Die **Länder Ost- und Mitteleuropas sowie auf dem Balkan, welche die Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft sowie im Europarat anstrebten** – wie zum Beispiel die baltischen Staaten und die in Mitteleuropa gelegenen Staaten wie Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und Slowenien – **setzten**, ungeachtet erheblicher Defizite in der gesellschaftlichen Entwicklung (fehlender „Mittelstand“ mit eigenen finanziellen Ressourcen) alles **daran, die innerstaatlichen und auch demokratisch relevanten Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in NATO und in der EU zum nächstmöglichen Termin zu erfüllen**. Diese Entwicklung ist im Gange und hat in der Zwischenzeit – nämlich nach den von der demokratischen Koalition gewonnenen ukrainischen Präsidentschaftswahlen im Oktober/Dezember 2004 – auch die Ukraine und selbst ein Land wie Georgien erreicht. In den mitteleuropäischen, zum Teil auch in den südosteuropäischen Staaten entwickelten sich zivilgesellschaftlich abgestützte, aber auch zum

Teil von der überkommenen staatlichen Nomenklatur getragene politische Koalitionen, die mit unterschiedlichem Nachdruck die Westbindung, die Demokratisierung, Rechtstaatlichkeit und Marktwirtschaft anstrebten. Sie waren grundsätzlich bereit, westliche Beratung, vor allem von den Europäischen Institutionen, zum Teil vom Nordatlantischen Bündnis („Partnership for Peace“) und von Nichtregierungsorganisationen sowie staatlichen Beratungskapazitäten westlicher Regierungen aufzugreifen, wenn dies ihrem Ziel diene – die rasche Aufnahme in diese Organisationen. Dies bedeutete nicht, dass es nicht auch Widerstand gegen und die Furcht vor Überfremdung und Preisgabe nationaler Traditionen gab und noch gibt.

3. Problematisch ist die Umsetzung des Demokratiegebots für die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen in den meisten postsowjetischen Staaten – außer dem Baltikum und dem einen oder anderen südkaukasischen Land, jetzt anscheinend auch in der Ukraine - und zwar vor allem aus folgenden Gründen, die sich von Land zu Land in jeweils unterschiedlicher Weise zeigen:

- Im Zuge der von Gorbatschow auf außen- und innenpolitischem, auch wirtschaftspolitischem Gebiet eingeleiteten Reformen, die lediglich auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet als erfolgreich eingestuft werden können, brach die Sowjetunion zusammen. Die bisherige Nomenklatur etablierte sich in den verselbständigten Republiken der früheren Sowjetunion mit jeweils einer dominierenden nationalen bis nationalistischen Führungsmannschaft und einer autoritären Staatsideologie mit scheindemokratischen Verfahren und staatlich gelenkten zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen. Im Wege internationaler Kooperation versucht beispielsweise die Regierung Putin, internationale Anerkennung für diese undemokratische Ordnungspolitik zu gewinnen und die inhaltlichen Verpflichtungen aus der Charta von Paris vom November 1990 in Vergessenheit geraten zu lassen.
- Die Jahrzehnte hindurch in der Sowjetunion schon im Keim erstickten demokratischen Ansätze – meist auf der Basis der eingeforderten Menschenrechte oder eine Opposition religiöser oder nationalistischen Orientierung - stellten zunächst keine agierenden und bürgernahen Strukturen in den postsowjetischen Transformationsprozessen dar. Allenfalls gelang es, die kommunistische Dogmatik aus der Verfassungs- und der allgemeinen Gesetzgebung zu eliminieren. Mit dem Ruf nach „**dem starken Staat**“ - betreiben nach dem Präsidialmodell strukturierte Regierungssysteme, personell von der früheren Nomenklatur getragen, die Restauration autokratischer Regierungs- und Staatsstrukturen. Damit wollen sie die zum Teil chaotischen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse beseitigen, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den einzelnen Republiken - meist als demokratische und marktwirtschaftliche Reformen präsentiert - das politische Klima bestimmten. Dabei wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, weil die Vertreter der Konzeption „des starken Staates“ jede zivilgesellschaftliche Initiative oder gar Verantwortung als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung deklarieren. Sie sehen in der autoritären, also der obrigkeitlichen Struktur allein die Gewähr dafür, dass die staatlichen Interessen und davon abgeleitet die Interessen der Bürger gewahrt werden können.
- Die Aufhebung von politisch motivierten Strafurteilen gegen Sowjetbürger hat in großem Umfang stattgefunden. Aber es ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, in dem Vertreter der Kommunistischen Partei, ihrer Organe oder des Staates und seiner Organe wegen krimineller Akte während der sowjetischen Herrschaftszeit

gegen Bürger oder Ausländer im Lande vor Gericht gestellt oder gar verurteilt worden ist. Die staatlichen und die von oben nach unten strukturierten gesellschaftlichen Organisationen werden von der gestrigen Nomenklatur beherrscht, geführt und unter Anpassung an die Verhältnisse in einem staatsautoritärem Sinne – gestützt auf eine Staatspartei – entwickelt. Die von der Verfassung des Jahres 1993 vorgegebene föderative Struktur wird auf dem Wege von Verordnungen und Gesetzen mediatisiert. Wirtschaftsunternehmen haben dem politischen Willen des Präsidialsystems zu folgen und finden bei Auseinandersetzungen mit dem Staat kein Gehör in und bei den Gerichten. Die Unabhängigkeit der Justiz ist schon wieder eine Angelegenheit der Vergangenheit. Es mag sein, dass in der Übergangszeit private, aber wirtschaftlich tätige Vermögen von Privatpersonen auf dem Wege über die Gründung von Aktiengesellschaften aus der Erbmasse des Staatsvermögens entstanden sind, aber die Überführung dieser Vermögen in neues Staatsvermögen stärkt nicht, sondern schwächt die wirtschaftlichen Perspektiven eines Landes das zwar von den Einnahmen aus den Primärrohstoffen – vor allem den Energieträgern leben kann, das aber damit keine der notwendigen ausländischen Investitionen im Bereich der industriellen Fertigung erreichen kann. Der private Charakter der Unternehmen hätte bei Abschöpfung ungerechtfertigter, unangemessener Gewinne erhalten bleiben sollen, um das Stimulans der privaten unternehmerischen Initiative zu fördern. Nun gibt es eine insgesamt schädliche Konfrontation zwischen Staatsunternehmen und den vor allem von den Oligarchen geführten privaten Unternehmen, der die Marktwirtschaft und die Unabhängigkeit der Justiz zum Opfer fallen.

- Politische Parteien haben sich über die Hauptstadt hinaus erst in der Form der vom Staat geförderten Parteien landesweit ausbreiten können. Die am besten organisierte Partei stellt weiterhin die Kommunistische Partei dar, die immer noch etwa 25 Prozent der Wähler hinter sich weiß und jederzeit sozial begründete Demonstrationen organisieren kann. Das Parlament hat an politischem Gewicht als erstes parlamentarisches, legislatives Organ nach der Verfassung wieder verloren. Vor diesem Hintergrund ist es eine offene Frage, welche politische Kraft im Lande selbst gegen die Veränderung oder die Verletzung der Verfassung wirksam politisch auftreten würde, falls sich auch Präsident Putin entschließen sollte, im Interesse der Stabilität des Staates die verfassungsrechtlich bestehende Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf acht Jahre (zwei Amtsperioden) zu beseitigen. Putin könnte von diesem Weg abgehalten werden, falls dies aus Gründen der internationalen Glaubwürdigkeit der noch bestehenden demokratischen Fassaden des Neuen Russland für zweckmäßig angesehen wird.
- Ein „demokratisches Gewissen“, das den auf kaltem Wege eingeleiteten Restaurationskurs hemmen oder verhindern könnte, ist in dieser Phase der Entwicklung der Staatsstrukturen im ganzen Lande nicht erkennbar, die tief in die Zivilgesellschaft hineinwirken und die den auf vielen Gebieten eingeleiteten Demokratisierungsprozess des Landes abwürgen.

Aus den hier geschilderten Gründen muss man zu der Feststellung gelangen, dass sich die Russische Föderation derzeit von den Prinzipien entfernt, die in der Charta von Paris im November 1990 für die Einleitung der demokratischen Reformen in der Sowjetunion und später in den Nachfolgestaaten vereinbart worden waren – als politisch, nicht als völkerrechtlich bindende Festlegung und Verpflichtung. Ähnlich entwickelten sich die Verhältnisse in Belarus, in Teilen des Südkaukasus und in Zentralasien.

4. Hoffnungsträger für die Entwicklung einer den Menschenrechten, den demokratischen Staats- und Gesellschaftskonzeptionen, ja der sozialen Marktwirtschaft und der Unabhängigkeit der Rechtssprechung verpflichteten kulturellen, letztlich politischen Kraft sind die unabhängig vom Staat bestehenden Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel „Memorial“ (Menschenrechtsorganisationen) sowie die zum Teil noch unabhängigen Medien und wissenschaftlichen Institute, wenn sie ihre Unabhängigkeit finanziell absichern können.

**Die Förderung der demokratischen politischen Kultur in Russland und in anderen
Nachfolgestaaten der Sowjetunion
Ein Programm der Europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten der
Europäischen Union**

Die politische Kraft und landesweite Ausstrahlung der demokratischen Kräfte in der Russischen Föderation ist in den jüngsten Jahren merklich geschwächt worden. Demokratische Parteien sind nicht mehr in der Staatsduma vertreten. Ihre demokratischen Grundsätze werden - wenn überhaupt - in den von den Magnaten finanzierten Oppositionszeitungen zu Präsident Putin thematisiert. Aber die Magnaten werden von der Regierungsmaschine zu den Kriminellen der postsowjetischen Ära abgestempelt, und damit ist auch die Wirkung dieses Mediums in der Kommunikation mit den Wählern weitgehend stumpf.

Die lautstarke Opposition zum System geht von den postsowjetischen gesellschaftlichen Organisationen aus, die den sozialen Notstand der „unteren Schichten“ beklagen und Besserung verlangen, aber in ihrer Wirksamkeit durch die Assoziation mit einer unrühmlichen ideologischen Vergangenheit gehemmt sind.

Die Situationsanalyse macht deutlich, dass die politischen Strukturen, die die postsowjetische Ära prägen, keine innere Bindung an demokratische Grundsätze haben, die als zwangsweise verordnete Importware angesehen werden. Die neue herrschende Klasse ist von der langfristig größeren Zweckmäßigkeit einer demokratischen Ordnung des Staates und der Zivilgesellschaft im Vergleich mit autoritären, ganz zu schweigen totalitären Systemen nicht überzeugt.

Angesichts vielfältiger Verknüpfungen des russischen Staats- und Wirtschaftsstrukturen mit globalen und europäischen Strukturen und Regierungen sowie Wirtschaftsverbänden, auch Unternehmen und akademischen Einrichtungen kommt es bei diesen Kontakten in erster Linie auf die Lösung von Sachfragen, von politischen Fragen an, die mit Menschenrechtsfragen oder Grundsatzproblemen des demokratischen Transformationsprozesses im postsowjetischen Raum nur aus gegebenem Anlass etwas zu tun haben, aber nicht als ein immer wiederkehrender Punkt auf der Tagesordnung erscheinen.

„Von Amtswegen“ sind die parlamentarischen Einrichtungen der Länder und der Europäischen Institutionen (Europa-Rat; OSZE, EU) mit dem demokratischen Prozess in den Mitgliedstaaten befasst. Sie sind zur kritischen Bewertung der Lage und Perspektiven der demokratischen Werteordnung in Theorie und Praxis in den Mitgliedstaaten verpflichtet. In der Regel nehmen Parlamentarier in diesen Gremien kein Blatt vor den Mund, wenn Fehlentwicklungen zu kritisieren sind.

„Von Berufswegen“ müssen die Medien einschließlich der elektronischen, vor allem die wissenschaftlichen oder intellektuellen Fachmedien die Fragen des sich abschwächenden demokratischen Transformationsprozesses in Osteuropa behandeln und vor dem Hintergrund der im Jahre 1990 eingegangenen Verpflichtungen kritisch hinterfragen.

Auf der Grundlage ihres „Auftrags“ sollten die wissenschaftlichen Forschungsinstitute dokumentieren und analysieren, auf welche Widerstände der Demokratisierungsprozess stößt.

Politische Stiftungen sollten die bedrängten demokratischen und rechtsstaatlich orientierten Kräfte in Russland wie in den anderen Nachfolgestaaten systematisch und kontinuierlich betreuen und fördern. Das gilt nicht minder für die „philosophische, die planerische, aber auch die kulturelle Dimension“ unserer Existenz und unseres Aktivverhältnisses zu Russland und den anderen Nachfolgestaaten. Hier stellt sich das Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit, der verbrecherischen Teile des kommunistischen Systems in der Sowjetunion. Eine Publikation dramatischer Dimension ist die von Alexander Jakovlew „Die Abgründe meines Jahrhunderts“ oder der jüngste Fachband von „Osteuropa“ über die Vernichtung von Millionen von Ukrainern Anfang der dreißiger Jahre, oder aber die vom Osteuropa-Institut der Eichstädter Katholischen Universität herausgegebene Zeitschrift „Forum“. Das Institut in Eichstätt arbeitet an einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „Die Rolle Deutschlands und Russlands in Europa im 19. und 20. Jahrhundert“ gearbeitet, deren Konzept ich mit ausgearbeitet habe.

Europäische Institutionen, Regierungen sollten sich über unabhängige Stiftungen aktiv um die Förderung alternativer politischer Strukturen in den nachsowjetischen zivilen Gesellschaften bemühen. Über die Zivilgesellschaft der Länder müssten in den Ländern selbst die markanten Ecksteine demokratischer Ordnung wie

- Schutz individueller Menschenrechte,
- Unabhängige Justiz,
- freie, faire, von der Zivilgesellschaft überwachte Wahlen,
- Gewaltenteilung, Verfassungstreue, Marktwirtschaft und soziale Absicherung

offen gefordert und die Gründe dafür diskutiert werden. Die Dokumentation der willkürlichen staatlichen Eingriffe in das Rechtswesen ist von kardinaler Bedeutung. Diese Aufgabe kann wegen zu starker staatlicher, regierungsseitiger Durchsetzung auf beiden Seiten weder das Deutsch-Russische Forum noch der Deutsch-Russische Dialog (Petersburger Gespräche) leisten - vielleicht einmal in der Zukunft.

Die hier geforderten und geförderten Programme lassen sich von dem Grundgedanken leiten, dass sich auch die russische Zivilgesellschaft auf dem Wege zu einer pluralistischen, dem Rechtsstaat verpflichteten Gesellschaft befindet, und dass damit Grundlagen für eine auf einer gemeinsamen Werteordnung beruhenden europäischen Entwicklung gelegt werden können.

Gelingt das nicht, mag es zwar Interessenidentitäten vorübergehender Natur geben, aber kein Gemeinsames Europäisches Haus, das seit über fünfzig Jahren im Prozess des Werdens ist.

Der Wille zu einer solchen pro-aktiven Politik ist in Europa schwach entwickelt. Die neuen Mitgliedstaaten ergreifen Initiativen – aber sie brauchen für den Erfolg dieser Initiativen auch einige der langjährigen Mitgliedstaaten, um die europäische Apathie in diesen Fragen zu überwinden.

Europa zeigt wenig Bereitschaft, der in arger Bedrängnis befindlichen Zivilgesellschaft bzw. den in der Zivilgesellschaft verankerten Oppositionskräften in Belarus dauerhaft und wirksam zu helfen, z.B. mit

- einem Radio-Sender (Mittelwelle) für das ganze Land - von außerhalb;
- einem einheimischen integrierten Wahlbeobachtersystem, einschließlich „Exit Polls,“ wie sie im Westen allorts üblich sind, und mit paralleler Stimmauswertung;
- einer Belarus-Plattform im Ausland zur Festlegung der Strategie des politischen Kampfes, des Wahl- und des Regierungsprogramms,
- einer Finanz-Plattform im Ausland für die Sammlung von finanziellen Beiträgen und Spenden sowie für die Abrechnung

In der Ukraine hatten die amerikanische „Nationalstiftung für Demokratie“ (National Endowment for Democracy) – gestützt auf das breite Spektrum von möglichen Fördermaßnahmen ihrer verschiedenen Unter-Organisationen – die Zivilgesellschaft in den Stand gesetzt, die Wahlen der letzten Jahre systematisch zu verfolgen, Rechtsverletzungen zu identifizieren und den Gerichten vorzulegen. Im Herbst vergangenen Jahres trug diese Arbeit Früchte. Nun ist ein Etappenziel erreicht, aber die Transformation des autoritär geführten ukrainischen Staates und die Bewältigung der gesellschaftlichen, der wirtschaftspolitischen Reformen setzt ein starkes Engagement der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und eine kooperative Mitwirkung Russlands voraus..

Die Europäische Union hingegen geht bei der Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses in erster Linie den Weg über die Regierungen, um diese zu einer demokratischen Gesetzlichkeit zu motivieren. Das kann dort nicht gelingen, wo man es mit einer autoritären Regierung zu tun hat, deren Rechtsverständnis die Manipulation des Wahlergebnisses durch die staatliche Wahlkommission „als im Interesse des Staates liegend“ einschließt und als legales Mittel der Beeinflussung anerkennt.

Die Europäische Union selbst und ihre Mitgliedstaaten haben offenbar Bedarf für Beratung im Umgang mit autokratischen Systemen, da sie sich in dieser Frage bislang als resistent, als unbelehrbar erwiesen haben.

Die Grundsatzantwort auf die Frage nach einem Erfolg versprechenden Langfristprogramm lautet:

1. Bei der Unterstützung demokratischer Strukturen und Konzepte (Menschenrechte) in autoritär geführten Staaten sind Staaten und Regierungseinrichtungen des Westens meist zögerlich. Diese Haltung bedarf der Korrektur.

2. Die Zivilgesellschaft der in Frage stehenden, autokratisch geführten osteuropäischen Länder kann nur auf nicht-regierungsamtlichen Wegen erreicht werden. Dafür sind spezielle Einrichtungen und Strukturen notwendig, deren Mängel meist in ihrer Zerrissenheit und unzulänglichen Koordination begründet sind. Bei der Entwicklung politischer Strukturen in osteuropäischen Zivilgesellschaften gehen die USA zielgerichteter als Europa vor, das in dieser Hinsicht einen deutliches Defizit aufweist.

3. Europa unternimmt den untauglichen Versuch, demokratische Strukturen in Osteuropa im Wege der Kooperation mit dem jeweils regierenden autoritären Regime heranzubilden. Diese Politik bedarf der Korrektur, vor allem mit Blick auf Belarus, wo

die politische und gesellschaftliche Opposition nicht punktueller, sondern struktureller Unterstützung bedarf.

Im Falle der Ukraine braucht die Europäische Union einen Weg sui generis für die Gestaltung der Beziehungen mit dem jungen demokratisch regierten, aber noch nicht demokratisch gestalteten Land und den Ausbau der Zusammenarbeit, an dessen Ende die Mitgliedschaft der Ukraine in der Union stehen muss.

Berlin, Februar 2005